des zentralen Machtapparats verlangen. Man fängt an mit dem Versuch der Abdrosselung aller sozialen Ausgaben der Städte, wofür Reichsbankpräsident Schacht sich besonders eingesetzt hat. Die versprochene Verwaltungsreform bedeutet nichts anderes als eine großzügige Rationalisierung des Beamtenapparates, die vor allem im Abbau der unteren und mittleren Beamten bestehen wird.

Aber wenn man von Sparsamkeit spricht, wo bleibt die Streichung der Gesandtschaft in München, die allein 54 000 Mark kostet? Die Forderungen der Großbourgeoisie auf Verwaltungsreform haben nur das Ziel der Herabsetzung der Besitzsteuern. Die partikularistischen Bestrebungen der Reaktion in Süddeutschland werden bei einem Ansteigen der revolutionären Bewegung in offenen Separatismus umschlagen. Die Sozialdemokratie unterstützt die Forderungen der Großbourgeoisie auf den Einheitsstaat, wozu die Beseitigung des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden gehört. Die Kommunistische Partei kämpft mit aller Entschiedenheit gegen den reaktionären Partikularismus der süddeutschen Regierungen im besonderen.

Wir Kommunisten sind für den Einheitsstaat. Wir wissen aber, daß er nur sein kann und sein wird eine einheitliche, sozialistische Räterepublik, die 1918 durch die Sozialdemokraten verhindert worden ist.

Die Gesamtsteuerbelastung in Deutschland beträgt einschließlich der Landes- und Gemeindesteuern über 17 Milliarden Mark, das ist das Vierfache der Vorkriegszeit. Der Etat für 1928 ist um 400 Millionen Mark höher als der von 1927. Kürzungen sind nur beim Sozialetat erfolgt in Höhe von 455 Millionen Mark. Innerhalb vier Jahren zeigt der Wehretat eine Steigerung von 60 Prozent.

Wenn selbst vom Reichskanzler zugegeben werden muß, daß in der Phoebus-Angelegenheit Reichsgelder unrechtmäßig ausgegeben worden sind, um welch stinkenden Korruptionsskandal muß es sich dabei handeln?

Herr Geßler ist gegangen, dafür ist General Groener gekommen, den die Arbeiter den „Hundsfott-General" nennen. Er wird dieselbe Politik treiben wie Geßler. Die zahlreichen übertragbaren Etatkapitel im Marine- und Heeresetat lassen auch für die Zukunft der Korruption alle Möglichkeiten der Entfaltung. Vergleicht man damit die Ausgaben für Kulturaufgaben, so ist festzustellen, daß hierfür kein Geld vorhanden ist. Die Massensteuern sollen einbringen 5322 Millionen Mark, dagegen die Besitzsteuern 2770 Millionen Mark. Die Massensteuern sollen im Jahre 1928 455 Millionen Mark mehr bringen als 1927. Der Abgeordnete Severing hat seine Rede geschlossen mit dem Satz, in dem er sich an die Deutschnationalen wandte: Ihr werdet sterben, während wir leben. Ich will meine Ausführungen schließen und sage: Die revolutionäre Bewegung in Deutschland lebt und wird weiterleben. Die Partei des revolutionären Proletariats lebt und wird weiterleben und vorwärts schreiten. Und wenn auch heute noch Herr Severing staatsmännische Reden halten kann, und wenn auch heute noch Frau Gehke herumnörgeln kann, der Sieg wird doch unser sein! Unser die Welt trotz alledem!

Nach den Ausführungen des Abg. Mentzel ist die Etatdebatte abgeschlossen.

Der kommunistische Antrag auf Veröffentlichung des Berichts über den Phoebusskandal wird von den Bürgerblockparteien abgelehnt.

Es folgt hierauf die Beendigung der bereits zweimal abgebrochenen Debatte über die Ruhrentschädigungen. Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Rosenbaum

Er erklärt, daß die Zahlungen an die Ruhrindustriellen von Führern des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes angeregt und von führenden Sozialdemokraten, die damals Minister waren, Schmidt, Sollmann, Braun, gedeckt worden sind.

Der sozialdemokratische Antrag verlangt die Zurückbezahlung der zuviel bezahlten Gelder. Dabei hat der Ausschuß festgestellt, daß die Summe nicht festgestellt werden kann, die zuviel an die Ruhrindustriellen ausbezahlt wurde. Dagegen fordert der kommunistische Antrag, daß die gesamten 700 Millionen von den Ruhrindustriellen zurückgezahlt werden müssen und daß die verantwortlichen Minister, Reichskanzler Marx und Minister Stresemann vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion nimmt deshalb eine solche Haltung zu den Riesengeschenken an die Schwerindustrie ein, weil sie wieder in die Regierung hinein will. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter, ob sie mit dieser Begünstigung des Ruhrpanamas durch die sozialdemokratische Fraktion einverstanden sind, ob sie eine Politik mitmachen wollen, die zur Vorbereitung der großen Koalition wichtige Arbeiterinteressen preisgibt und den Großindustriellen Riesensummen aus Steuergeldern überlassen will.

Hertz (SPD) versucht, die Feststellungen des Gen. Rosenbaum zu entkräften. Die Sozialdemokratie habe den Ruhrskandal erst aufgedeckt, ihre Vertreter trügen keinerlei Verantwortung für die Verhandlungen mit Stinnes und die Auszahlung der Millionen an die Industriellen.

v. Lindeiner-Wildau (Dn.) singt ein Loblied auf die vaterländische Gesinnung der Ruhrindustriellen.

Bei der Abstimmung erklärt Löbe, daß der Teil des kommunistischen Antrages, der verlangt, daß Marx und Stresemann vor den Staatsgerichtshof gestellt werden sollen, nicht abgestimmt werden könne, da er nicht, wie erforderlich, 100 Unterschriften trage. **Der kommunistische Antrag auf Rückzahlung der 700 Millionen wird von Bürgerblock, Demokraten und Sozialdemokraten abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 193 Stimmen abgelehnt,** abgelehnt wird auch der demokratische Antrag. Mit den Stimmen der Bürgerblockparteien und Sozialdemokraten wird hierauf dem Bericht des Ausschusses zugestimmt. Praktisch bedeutet dies, daß die Ruhrindustriellen die 700 Millionen behalten können.

Als Ausschußberichterstatter gibt Genosse Münzenberg den Bericht über den Justizetat. Die Haltung der kommunistischen Fraktion zur Klassenjustiz wird Genosse Münzenberg in der morgen beginnenden Debatte zum Justizetat entwickeln. Nächste Sitzung 25. Januar 15 Uhr.

Schweres Bauunglück

1 Arbeiter getötet, 7 schwer verletzt

Einem schweren Bauunglück fielen gestern, wie aus Nürnberg gemeldet wird, acht Personen zum Opfer, von denen eine getötet und sieben verletzt wurden. An dem Neubau einer Schuhfabrik stürzte ein über das Dach lagernder Teil einer Giebelmauer plötzlich mit ungeheurem Getöse herab und durchschlug das Dach eines Lagerschuppens einer benachbarten Kohlenfirma, in dem sich gerade einige Arbeiter und Arbeiterinnen befanden. Ein Arbeiter wurde durch die herabstürzenden Massen sofort getötet, zwei weitere wurden schwer und vier Arbeiter leichter verletzt. Eine Frau wurde lebensgefährlich von den Gesteinsmassen getroffen, so daß man an ihrem Aufkommen zweifelt.

Der drohende Konflikt im Ruhrbergbau

Lohn- und Arbeitszeitverträge im Ruhrgebiet gekündigt

Essen, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der 4 Bergarbeiterverbände wurde gestern beschlossen, das Arbeitszeitabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April zu kündigen. Die erbitterten Bergarbeiter haben also die Gewerkschaftsführer aller Richtungen gezwungen, den Lohnkampf mit dem Arbeitszeitkampf zu verbinden. Das ist um so wichtiger, als zur gleichen Zeit auch in Sachsen und in Oberschlesien unseres Wissens die Lohn- bzw. Arbeitszeittarife ablaufen. Es ist jetzt Sache der dortigen Bergarbeiter, ebenfalls einen Vorstoß zu unternehmen und dafür zu sorgen, daß die drei wichtigen Bergbaugebiete Deutschlands einheitlich und geschlossen in den Kampf gehen und diesen Kampf rücksichtslos und scharf führen. Dann ist der Sieg nach allen Erfahrungen der Vorjahre sicher.

•

Bei den Verhandlungen über die Zulage für die Akkordarbeit in der Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe wurden am Dienstag Vereinbarungen getroffen, wonach die Zulage rückwirkend ab 1. Januar 1928 um lumpige 2 Pfennig, von 19 auf 21 Pfennig erhöht wird. In der Frage des Lohnausgleichs verliefen die Verhandlungen ergebnislos und werden am Freitag fortgesetzt.

Lohnkampf der Berliner Werkzeugmacher

Gestern abend beschloß eine außerordentlich stark besuchte Branchenversammlung der Berliner Werkzeugmacher als Antwort auf die von den Metallindustriellen erfolgte Ablehnung ihrer Forderungen, ab heute nur noch Arbeiten anzufangen, wenn genau nach dem Buchstaben des Rahmenvertrages vorher genaue Akkordzettel vorgelegt werden. Am Donnerstag finden neue Lohnverhandlungen mit den Unternehmern statt. Die Werkzeugmacher fordern einen Mindeststundenlohn von 1,50 Mark in der Spitze. Es wurde gestern beschlossen, am Freitag eine Vertrauensmännerversammlung und am Sonntag eine neue Branchenvollversammlung einzuberufen, wo Bericht über die Verhandlungen gegeben wird. Bei Nichterfüllung der Forderungen finden am Montag in allen Betrieben Streikabstimmungen für die Werkzeugmacher statt.

160000 Arbeitslose in Sachsen

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht gestern den Bericht über die Arbeitsmarktlage in Sachsen. Daraus ist zu entnehmen, daß nach den Zahlenberichten der öffentlichen Arbeitsnachweise vom 15. Januar ein Gesamtbestand von 159 270 Arbeitslosen zu verzeichnen war. Gegenüber dem Stande am 15. Dezember 1927 ist also eine Steigerung um 47 193 festzustellen. Auch die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge war am 15. Januar wesentlich höher als am gleichen Tage des Vormonats. Es wurden gezählt 132 435 am 15. Januar gegenüber 85 827 im Dezember 1927.

Wieder eine RFB-Ortsgruppe aufgelöst

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der sozialdemokratische preußische Innenminister in trauter Gemeinschaft mit dem faschistischen Bürgerblockminister Keudell auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 22. 3. 1921 und der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. 2. 1926 in Pommern die Ortsgruppe Falkenburg des Roten Frontkämpferbundes und der dortigen Roten Jungfront aufgelöst, weil angeblich aus ihrem Verhalten hervorgehe, daß die Ziele dieser Organisation in Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages (!) stehen. Deshalb werden auch alle Gegenstände und Geräte der aufgelösten Ortsgruppe, die angeblich zu eventuellen militärischen Zwecken dienen können, zugunsten des Reiches beschlagnahmt und eingezogen. Eine nähere Mitteilung über die Gründe, auf die sich dieses schändliche Verbot stützt, fehlt im amtlichen preußischen Pressedienst.

Demonstration gegen Poincaré

Aus Paris wird uns gemeldet: Am Sonntag fand in der Pariser Vorstadt Levallois eine von der Kommunistischen Partei einberufene Massenkundgebung für die Freilassung aller politischen Gefangenen und gegen die Verfolgung der kommunistischen Abgeordneten durch die Poincaré-Regierung statt. Die Kundgebung wies eine außerordentlich starke Beteiligung auf. Die Provokationsversuche der Polizei und vereinzelter Faschistengruppen scheiterten an der geschlossenen Disziplin der Arbeiter.

Die Polizei hatte scharfe Absperrungsmaßnahmen getroffen. Alle Zugangsstraßen zur Demonstrationsroute waren mit Polizeiautos verbarrikadiert. Die Demonstranten wurden von starken Polizeiaufgeboten eskortiert.

Am Sonnabend ließ der Polizeipräsident auf Befehl des Innenministers Sarraut eine **Sondernummer der „Humanité"**, die der Kundgebung gewidmet war, **beschlagnahmen.** Zahlreiche Arbeiter, die diese Sondernummer auf der Straße verteilten, wurden verhaftet. Das Gebäude der „Humanité" war den ganzen Sonnabend und Sonntag über von der Polizei belagert. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu Zusammenstößen zwischen faschistischen Provokateuren und Arbeitern, die kommunistische Flugblätter verteilten. Die Polizei **verhaftete etwa 20 Arbeiter,** gegen die Anklage wegen „Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam" erhoben wird.

Massenstreik in Indien

Wachsen der Boykottbewegung

Aus London wird berichtet:

Die Boykottbewegung gegen die englische Verfassungs-Kommission in Indien zeigt eine Verschärfung. Für den 3. Februar, den Tag der Ankunft der Kommission in Indien, ist ein allgemeiner Streik in Bombay angeordnet worden. Ebenso soll überall gestreikt werden, wo die Kommission hinreist. Man befürchtet Demonstrationen. Die Times of India gibt in einem Artikel, in dem sie sich mit der Bedeutung der aus der zunehmenden Stärke der Boykottbewegung entstandenen Lage befaßt, der Befürchtung Ausdruck, daß die Leiter der Bewegung die Kontrolle über die Massen verlieren könnten. Aus allen Teilen Indiens kommen Nachrichten über die Kampfstimmung der Massen. Die Konferenz in Benares hat beschlossen, in Bombay und anderen großen Städten für den 3. Februar den Generalstreik zu organisieren. Der in Benares aufgestellte Plan sieht auch die Organisierung von Massendemonstrationen vor.

Massenhinrichtungen in Wuhan

Schanghai, 23. Januar. (Inprekorr.) Die Zeitungen berichten über eine Verschärfung des weißen Terrors in Wuhan und in Südchina. In Wuhan fanden Massenhinrichtungen von Kommunisten statt. Am 20. Januar allein wurden 37 Kommunisten erschossen. Auf der Insel Makao sind mehrere hundert Personen unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen verhaftet und 12 von ihnen nach Kanton übergeführt worden.

Die deutschen Waffenschieberfirmen in Kanton geschlossen

Der Lokalanzeiger meldet aus Kanton, daß die Nankinger Regierung Tschangkaischeks einen Runderlaß an alle Behörden gegeben habe, sämtliche Filialen der beiden deutschen Firmen in China, von Carlowitz u. Co. und Simson, zu schließen, da sie an den Waffentransporten für die nordchinesischen Armeen Tschangtsolins beteiligt seien. Durch ihre Vermittlung habe erst letzthin der norwegische Dampfer „Skule" eine neue Waffenladung aus Deutschland für Tschangtsolin geliefert. — Der Sonderberichterstatter des Lokalanzeigers bestreitet natürlich die Angaben der Nankingregierung und behauptet, daß die Schließung der deutschen Firmen auf die Hetze **„der ausländischen Konkurrenz" zurückzuführen sei. (!) Die nach China gelieferten Waffen stammen vom „Feindbund", der die im Weltkriege erbeuteten und nach demselben abgelieferten deutschen Waffen nicht verschrotet, sondern aufgearbeitet habe und jetzt nach China liefere. (!)**

Der deutsche Dampfer „Albatros" gesunken

Der Dampfer „Maurita", der im Tau des deutschen Schleppdampfers „Albatros" von Gibraltar nach Bergen unterwegs war, meldet, daß der „Albatros" am Sonnabend im Orkan gesunken ist. Die ganze zehn bis zwölf Personen starke Besatzung ist umgekommen. Die „Maurita" befand sich in außerordentlich schwerer Lage, da sie kein Feuer unter den Kesseln hatte und sich nur sechs Personen an Bord befanden.

Endlich ein Eingeständnis

Die SPD-Presse gesteht die Unterschleife Rahmigs ein

Die Dresdner Volkszeitung vermag die Unterschlagung des sozialdemokratischen Parteisekretärs Rahmig nicht länger zu vertuschen. Gestern bringt das Blatt unter der Rubrik „Parteiangelegenheiten" folgende Darstellung des Freitaler Korruptionsfalles in der SPD:

„In der Sozialdemokratischen Partei Ostsachsens hat sich ein bedauerlicher Fall von Veruntreuung zugetragen. Der bisherige Parteisekretär Rahmig des 6. Unterbezirks Freital hat seine Vertrauensstellung auf das unerhörteste mißbraucht, indem er Parteigelder unterschlagen hat. Sofort nach Bekanntwerden hat der Bezirksvorstand in seiner Sitzung vom 23. Januar Stellung genommen. Rahmig wurde einstimmig aus der Partei ausgeschlossen. Der Unterbezirksvorstand Freital wurde beauftragt, in Gemeinschaft mit Mitgliedern des Bezirksvorstandes den genauen Umfang der Unterschlagungen festzustellen. Sobald die Untersuchung beendet sein wird, wird die Angelegenheit dem Gericht übergeben. Es erübrigt sich deshalb, auf die Anwürfe der kommunistischen Presse einzugehen, die bei dieser Gelegenheit wie üblich ihr Parteisüppchen glaubt kochen zu können."

Zu dieser Notiz sei folgendes gesagt. Es ist nicht richtig, daß der Bezirksvorstand sofort nach Bekanntwerden zum Fall Rahmig Stellung genommen hat. Tatsache ist, daß bereits am Donnerstag dem 19. Januar die Unterschlagung, wenn nicht, was viel wahrscheinlicher ist, bereits am 18. oder noch früher, in den führenden Parteikreisen der Vorfall bekannt war. Die SPD-Führer haben aber, anstatt sofort die Tatsache dieser unerhörten Gaunerei zuzugeben, zunächst den Anschein zu erwecken versucht, als ob die Mandatsniederlegung Rahmigs wegen „Wohnungs- oder Stellungswechsel" erfolge. Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher in Freital verlas am Donnerstag den Brief des Herrn Rahmig an den Stadtverordnetenvorsteher, und die Freitaler SPD hat durch ihr Schweigen zumindestens den Anschein zu erwecken versucht, als ob die Begründung Rahmigs den Tatsachen entspreche. Auch die Dresdner Volkszeitung, die am Donnerstag vollkommen informiert war, versuchte ihre Parteigenossen und ihre Leser über die wirklichen Gründe der Mandatsniederlegung zu täuschen. Erst nachdem die Arbeiterstimme am Montag den Fall Rahmig aufzog, bequemte sich nun gestern dieses Blatt dazu, mit etwa 14 Zeilen die Unterschleife zuzugestehen. Während der Bezirksvorstand etwa vier bis fünf Tage brauchte, um den Fall Rahmig zu „erledigen", hätte die Freitaler Volkszeitung wahrscheinlich noch länger geschwiegen, wenn ihr nicht durch unsere Mitteilung und die Erregung unter den eigenen Parteigenossenschaft der Mund geöffnet worden wäre. Jetzt erst verkündet das Blatt den Ausschluß Rahmigs. Verschwiegen wird noch immer die annähernde Höhe der Unterschlagungen, die wahrscheinlich die von uns genannte Summe noch übersteigt. Der Bezirksvorstand der SPD bestreitet die in der Arbeiterstimme genannte Ziffer von 4000 M. zumindestens nicht.

Dann aber wirft die Volkszeitung uns vor, wir wollten bei dieser Gelegenheit unser „Parteisüppchen" kochen. Die KPD und ihre Presse haben das nicht notwendig. Auch ohne der neuesten Korruptionsaffäre wird die Arbeiterschaft ihr Urteil über die SPD fällen. Die kommunistische Presse tat nur ihre Pflicht, wenn sie neben der politischen Korruption der SPD-Führer auch die materielle Korruption in der SPD beleuchtete. Die SPD-Presse versucht das totzuschweigen. Dann aber stellen wir die Frage einmal ein klein wenig anders. Was hätte die Volkszeitung getan, wenn sich irgendein Mitglied der KPD eine solche im Interesse der gesamten Arbeiterschaft aufs schärfste zu verurteilende Handlung hätte zuschulden kommen lassen? Wir hätten das Geschrei der SPD-Presse hören wollen. Der Vorfall wäre zu einer Sensation des sozialdemokratischen Blätterwaldes aufgebauscht worden. Versucht nicht die SPD-Presse jede passende und unpassende Gelegenheit gegen die KPD zu benutzen und ihr Dinge an die Rockschöße zu hängen, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden kann?

Im Falle Rahmig aber liegen die Dinge doch wohl wesentlich anders. Hier handelt es sich nicht um ein x-beliebiges Arbeitermitglied der SPD. Rahmig war einer von der sogenannten Führergruppe der „linken" SPD, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Kommunisten sehen. Hinzu kommt noch, daß dieser „Führer", der in einem der stärksten sächsischen Unterbezirke den Ton angab, nicht erst seit heute und gestern in dieser Beziehung „anrüchig" war; ganz abgesehen von seiner traurigen politischen Rolle, die er im Jahre 1923 spielte. Auf dieses Kapitel aber einzugehen, verbietet uns unser proletarisches Pflichtbewußtsein. Die Volkszeitung aber sollte sich hüten, mit dem Fall Rahmig noch ein Geschäft gegen die Kommunisten machen zu wollen, sonst könnten wir versucht sein, zur besseren Charakterisierung dieses Ehrenmannes ein noch etwas deutlicheres Konterfei zu entwerfen.